Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 12 (1944-1945)

Artikel: Die Föderationsidee vor einem Vierteljahrhundert und heute
Autor: Einaudi, Luigi
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759429

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE FÖDERATIONSIDEE VOR EINEM VIERTELJAHRHUNDERT UND HEUTE

Eine italienische Stellungnahme

VON SENATOR LUIGI EINAUDI

Der erste Weltkrieg dauerte noch an, und trotz des festen Vertrauens in die Sache der Alliierten und der ihnen verbündeten Länder schien das Kriegsende noch in weiter Ferne zu sein. Die kriegsmüden Völker aber entwarfen schon Projekte für einen ewigen Frieden und für die Schaffung von Institutionen, die ihn sichern sollten. Auch in Italien hatte das neue Evangelium eines Völkerbundes die ersten begeisterten Apostel gefunden. Unter diesen befand sich einer, der sich zuerst sehr enthusiastisch für den künftig zu schaffenden Völkerbund einsetzte, der aber später, als der Völkerbund ins Leben gerufen worden war, ihm sehr feindlich gegenüberstand. Es wurde viel gezweifelt und wenig nachgedacht. Vielleicht nur eine Stimme erhob sich warnend in der Presse und wies darauf hin, wie unklar die Ideen und Absichten des zu schaffenden Völkerbundes wären. Die meisten, ja fast alle, dachten nur an eine Vereinigung, eine Allianz oder an eine Konföderation souveräner Staaten, die den Frieden sichern sollten. In einem Brief, den ich am 5. Januar 1918 an meinen Freund Luigi Albertini, Herausgeber des «Corriere della Sera», richtete und den ich *Junius* unterzeichnete, schrieb ich:

Wenn man über den Völkerbund spricht, denken die meisten Menschen an eine Art ewiger Allianz oder Konföderation von Staaten mit dem Ziel, die Eintracht unter den verbündeten Staaten zu sichern, sie gegen ausländische Angriffe zu schützen und einige gemeinsame Ziele auf dem Gebiet der materiellen und ideellen Zivilisation aufzustellen. Uebereinstimmend geben alle zu, daß die alliierten Staaten völlig unabhängig bleiben sollen, daß man einen eigentlichen Ueber-Staat, der direkte Machtbefugnisse gegenüber den Bürgern der verschiedenen Staaten und das Recht auf Steuererhebung hätte, nicht

bilden will und auch nicht zuließe, daß er — unabhängig von den nationalen Heeren — ein übernationales Heer aufstellen und eine eigene Verwaltung einrichten könne. Die meisten denken nicht an diese zweite Abart eines Völkerbundes; denn sie glauben — und nicht mit Unrecht —, daß ein solches Gebilde kein «Bund» gleicher, souveräner Staaten mehr wäre, sondern ein einziger souveräner Staat, bei dem die zugehörigen Staaten nichts anderes als Provinzen wären.

Sie wünschen zwar schon die «Vereinigten Staaten Europas», aber jeder Staat soll unabhängig sein, so daß Frankreich nicht Italien vergewaltigen könne oder beide, zusammen mit Oesterreich und Rußland, nichts anderes als englische oder deutsche Provinzen oder solche der Vereinigten Staaten Amerikas würden, vorausgesetzt, daß diese neue politische Institution auch den amerikanischen Kontinent miteinschließen sollte.

In allen Geschichtswerken über Verfassungen liest man, daß die Vereinigten Staaten zwei Konstitutionen durchgemacht haben. Die erste wurde durch den Kongreß im Jahre 1776 gegeben und im Februar 1781 von den Staaten angenommen. Die zweite wurde von der Nationalversammlung am 17. September 1787 genehmigt und trat 1788 in Kraft. Bald drohte der neugeschaffenen Union unter der ersten Verfassung die Auflösung, unter der zweiten jedoch wurden die Vereinigten Staaten sehr stark. Die erste Verfassung sprach von einer Föderation und Union der dreizehn Staaten in der Art, wie man heute vom Völkerbund spricht, und bestimmte, daß jeder Staat seine Souveränität, seine Freiheit und Unabhängigkeit behielt sowie jede Macht, Rechtsprechung und alle Rechte, sofern sie nicht ausdrücklich der Föderationsregierung zugesprochen wurden. Die zweite Verfassung hingegen sprach nicht mehr von einer «Union souveräner Staaten». Sie war nicht mehr eine Verständigung unter unabhängigen Regierungen, sondern entsprang einem Willensakt des ganzen Volkes, der einen neuen Staat schuf, der sich von den alten Staaten unterschied und auf einer höheren Stufe stand. «Wir», so lautet ganz klar die Einleitung zur heutigen Verfassung der Föderation, «wir, das Volk der Vereinigten Staaten, beschließen und gründen die gegenwärtige Verfassung der Vereinigten Staaten, damit eine vollkommenere Einheit geschaffen wird und um Gerechtigkeit walten zu lassen und die innere Ruhe zu sichern. Es soll ferner für die gemeinsame Verteidigung gesorgt und das Allgemeinwohl gefördert werden, um den Segen der Freiheit für uns und unsere Nachkommen zu sichern.» So wird also hier der «Kontrakt», die «Uebereinkunft» zwischen souveränen Staaten, die zur Regulierung «einiger» gemeinsamer Interessenpunkte führen soll, durch den Souveränitätsakt des

ganzen amerikanischen Volkes ersetzt, welches einen neuen Staat gründet, ihm eine Verfassung gibt und ihn somit weit über die alten Staaten stellt, die sich nur noch für ein engeres Betätigungsfeld lebensfähig erweisen.

Diese Lösung war dringend nötig. Die sieben Lebensjahre des «Bundes» der dreizehn amerikanischen Nationen (1781 bis 1787) waren Jahre der Unordnung, der Anarchie, des Egoismus in einem solchen Ausmaß, daß viele Patrioten eine englische Herrschaft vorgezogen hätten, und zahlreich waren jene, die die Errichtung einer starken Monarchie wünschten. Man bot sie Washington an. Er lehnte sie mit leidenschaftlichen Worten ab, aus denen man die Angst erriet, daß seine jahrelange mühsame Arbeit wieder verlorengehen könnte. Die Wurzel des Uebels lag in der Souveränität und Unabhängigkeit der dreizehn Staaten. Weil die Föderation eben nichts anderes als ein gewöhnlicher Völkerbund war, hatte sie keine eigene, unabhängige Souveränität. Sie durfte keine direkten Steuern von den Bürgern erheben, und die Auszahlung des Soldes für das Militär und die Bezahlung der Schulden, die aus dem Unabhängigkeitskrieg stammten, bedurften der Zustimmung der dreizehn souveränen Staaten. Der Kongreß beschloß die Ausgaben; um aber über die nötigen Mittel verfügen zu können, wandte er sich mit seinen Geldforderungen an die einzelnen Staaten. Diese aber vernachlässigten ihre Antwort; keiner wollte der erste sein, der seinen Tribut an die Gemeinschaftskasse ablieferte. In seinem klassischen Buch «Das Leben Washingtons» stellt der Richter Marshall all jene verzweifelten und wiederholten Mahnungen und Klagen zusammen, die man zu Hunderten verstreut gefunden und auch den Briefen des großen Generals und Staatsmannes entnommen hat: «Nach kurzen Versuchen und Anstrengungen, das System der Föderation so zu gestalten, daß die Ziele, die sie sich gesteckt hatte, auch wirklich erreicht werden können, schienen alle Bemühungen zu scheitern. Die amerikanischen Staatsangelegenheiten näherten sich mit Riesenschritten einer Krise, von deren Lösung die Existenz der Vereinigten Staaten als Nation abhing. Eine Regierung, die Vollmachten hat, den Krieg zu erklären, aber in der Beschaffung der Mittel für die Führung des Krieges von den souveränen Staaten abhängig ist, eine Regierung, die Schulden machen kann und dann an das nationale Gewissen appelliert, die anderseits aber wieder von den dreizehn souveränen Staaten und deren unabhängigen Verfassungen abhängig ist, um das von ihr gegebene Versprechen auch halten zu können, eine solche Regierung könnte sich nur vor Schande und Mißachtung retten, wenn all diese souveränen Regierungen von absolut freien und über allen menschlichen Leidenschaften erhabenen Persönlichkeiten geleitet wären.» Dies war aber eine unmöglich zu

erfüllende Forderung. Menschen, die eine Macht in Händen haben, treten sie nicht an andere ab. «Deshalb war es unmöglich», so schließt der Biograph, «zu irgendwelchen Resultaten zu gelangen, auch wenn diese noch so wichtig waren, solange man von der Zustimmung der vielen souveränen und voneinander getrennten Regierungen abhängig war.»

Ein anderer großer Schriftsteller und Staatsmann, Alexander Hamilton, einer der Begründer der Verfassung von 1787, faßt in einem gut formulierten Satz die Ursachen, die zum Mißerfolg des ersten anerkannten Völkerbundes geführt haben, zusammen: «Die Macht, die nicht das Recht hat, Steuern einzuziehen, ist im Rahmen der politischen Gesellschaft nichts anderes als ein hohler Name.»

Genau so mußten nach 1918 sämtliche Bemühungen zur Schaffung eines Völkerbundes, der aus souverän gebliebenen Staaten bestehen sollte, zu einem negativen Resultat führen und nur als Vorwand dienen, um Zwietracht und Kriegsursachen zu vermehren. Zu den bereits vorhandenen Fakten, die zum Kriege führen müssen, hätte sich noch die Eifersucht über die Verteilung der gemeinsamen Spesen und außerdem noch die Wut gegen widerspenstige oder ihre Verpflichtung nicht erfüllende Staaten gesellt. Einer der Gründe für den Niedergang Hollands im 18. Jahrhundert war nicht der Widerwille des größten Teils der «Vereinigten Provinzen» gegen die Zahlung des eigenen Anteils in die Gemeinschaftskasse, sondern die Tatsache, daß die größten Kriegslasten fast ausschließlich auf Holland als die reichste Provinz abgewälzt wurden.

Warum sich aber mit kleinen Beispielen abgeben, wenn es doch ein ganz anderes Vorbild zur Erfüllung des größten Traumes gibt, der wie ein Alpdruck auf dem größten Teil Europas lastet?

Nach einer kurzen Zeit des Glanzes und der königlichen Macht drückt dieser Traum seit der Kaiserkrönung Karls des Großen in Rom im Jahre 800 wie eine schwere Last auf Deutschland und Italien. England, Frankreich und Spanien, die außerhalb der nominellen Einheit des Imperiums standen, waren schon seit dem Ende des Mittelalters große, souveräne und anerkannte Staaten. Deutschland und Italien aber, die beiden im Schatten des Imperiumtraumes lebten, blieben uneinig, zerstückelt und untertänig, bis unter den Brandenburgern in Deutschland und unter dem Haus Savoia in Italien ein souveräner Staat entstand, der sich schließlich allmählich mit den geeinten Nationen verschmelzen konnte. Jenes Heilige Römische Reich, das im Jahre 1806 durch die bezwingende Kraft der napoleonischen Heere zugrunde ging, war während tausend Jahren ein steriler Versuch, unter der Führung eines einzigen Kaisers einen wah-

ren Völkerbund zu schaffen. Der Kaiser, in seiner Eigenschaft als Erbe der alten römischen Imperatoren, hätte den Frieden und die innere Ruhe in der ganzen Welt aufrechterhalten, die Schwachen unterstützen und die Gerechtigkeit des Reiches Gottes auf Erden fördern sollen. Wie war dies aber möglich, da die eigentlichen Herrscher die Prinzen, Bischöfe und freien Städte waren? Mit welchem Heer sollte er die inneren Zwistigkeiten bekämpfen? Mit welchem Geld sollte er das Militär erhalten, da doch seine Haupteinnahmequellen aus dem Verkauf von leeren Adelstiteln und wertlosen Privilegien bestanden und seine kaiserlichen Einnahmen im Jahre 1764 kaum 13884 fiorini und 32 grossi betrugen? Das Vorhandensein einer formellen Autorität, die zur Erhaltung des Friedens und der Ruhe hätte dienen sollen, war eine der Ursachen, die in Deutschland und Italien die Bildung einer reellen Autorität verhinderten, einer Autorität, die über die finanziellen und militärischen Mittel verfügt hätte, die nötig waren, um den gemarterten Völkern den wirklichen Frieden zu bringen.

Liegt aber nicht die Erinnerung an einen anderen Versuch zur Schaffung eines Völkerbundes noch näher?

In der Einleitung des Vertrages der Heiligen Allianz, der am 26. September 1815 zwischen den Kaisern Oesterreichs, Rußlands und dem König von Preußen in Paris abgeschlossen wurde, wird erwähnt, daß die drei Monarchen sich verpflichten, die Gebote der Evangelien zu befolgen, die besagen, daß alle Menschen wie Brüder miteinander leben, sich untereinander zu einem unlöslichen Band der brüderlichen Freundschaft verbinden und einander unterstützen sollen. Man habe wie Väter zu regieren und müsse aufrichtig bemüht sein, die Religion, den Frieden und die Gerechtigkeit zu erhalten. Sie betrachten sich als Mitglieder einer einzigen, christlichen Nation, ein jeder durch die göttliche Vorsehung bestimmt, einen Zweig der gleichen Familie zu regieren. Sie fordern alle Mächte auf, diese Grundsätze anzuerkennen und der Heiligen Allianz beizutreten. Der Versuch zu einer heiligen Allianz erwies sich sehr schnell für die meisten nicht nur als heuchlerisch, sondern auch als völlig undurchführbar. Nur Zar Alexander bildete eine Ausnahme; denn er hatte tatsächlich in seiner ersten Begeisterung an den Traum eines universellen Friedens geglaubt, und die Völker stimmten ihm für kurze Zeit bei. Woher sollte aber die Kraft zur Unterdrückung der inneren Kämpfe kommen und wie sollte man den europäischen Völkern den Frieden bringen, da zwischen den Mitgliedern des soeben gebildeten Völkerbundes — denn als etwas anderes konnte man die Heilige Allianz wirklich nicht bezeichnen — die Zwietracht wieder ausbrach?

Man muß sich an weiter zurückliegende Beispiele unabhängiger Staaten halten, die freiwillig auf ihre Souveränität verzichtet haben, um im Schoße eines neuen souveränen Staates zu verschwinden. Im Jahre 1707 erfolgte die Vereinigung Schottlands mit England, zweier Länder, deren Bevölkerung der Rasse nach verschieden war. Sie sprach auch verschiedene Sprachen und war überdies von stärksten Haßgefühlen erfüllt, Haßgefühlen, die ihren Ursprung einmal in der Rivalität auf dem Gebiet des Handels und ein anderes Mal in der Erinnerung an gegenseitig ausgefochtene Kämpfe hatten. Diese Union rettete England vor der Gefahr, von einem Staate, der gemäß einer alten Tradition ein Bündnis mit Frankreich hatte, im Rücken angegriffen zu werden. Sie gab ferner Schottland und den Schottländern die Gleichberechtigung innerhalb eines großen Staates (Großbritanniens, das aus dieser Fusion hervorging) und die Möglichkeit, die Geschicke des größten Imperiums der Welt zu lenken. Diese Union rettete die Tradition, das geistige Gut und die eigene juristische Struktur Schottlands. Sie ist bis heute das schönste europäische Beispiel für die Gründung eines neuen und größeren Staates geblieben, einer Gründung, die auf Grund vorhergehender komplizierter und schwieriger *Diskussionen* und *Verhandlungen* unter den Staatsmännern erfolgte, die sich aber der Größe dieses Unterfangens und seiner Schwierigkeiten bewußt waren.

Das andere Beispiel ist die schon zitierte Verfassung der Vereinigten Staaten Amerikas aus dem Jahre 1787, die aus dem Schattendasein eines irrealen Völkerbundes von Staaten, die sich gegenseitig bekämpften und aufteilten, einen einheitlichen Staat schuf, der auf einem weit höheren Niveau stand als der Bund der dreizehn verbündeten Staaten. Die Legende berichtet, daß Washington, als er am 17. September 1787 seine Unterschrift unter das von der Nationalversammlung angenommene Projekt setzte, dem die einzelnen Staaten noch zustimmen mußten, ausgerufen haben soll: «Sollten die Staaten diese ausgezeichnete Verfassung ablehnen, so wird nie mehr eine andere im Frieden geschaffen werden können. Die neue Verfassung wird dann mit Blut geschrieben werden.»

Die Prophezeiung des Begründers der nordamerikanischen Föderation kann heute wiederholt werden. Wenn am Ende dieses neuen, blutigsten Krieges die Staatsmänner, die die Entscheidung über das zukünftige Schicksal Europas zu treffen haben, nicht die nötige politische Phantasie besitzen, um zu begreifen, daß heute der Augenblick gekommen ist, das Unmögliche zu wollen — dann bedeutet es das gleiche, was bereits im Jahre 1919 von ihren Vorgängern beschlossen wurde: Europa nach 25 Jahren wiederum dem Schwert und

dem Feuer auszuliefern. Das Problem existiert nun einmal und kann auf keinen Fall umgangen werden. Es besteht in dem unüberbrückbaren Kontrast zwischen den ökonomischen Notwendigkeiten einerseits und den nationalen Idealen anderseits.

Dieser Gegensatz ist vorhanden und ist so lange unüberbrückbar, bis die kleinen Staaten einsehen, daß sie auf einen Teil, und zwar den ihnen schadenden Teil ihrer Souveränität, verzichten müssen. Oekonomisch gesehen sind alle europäischen Staaten klein und veraltet, und zwar aus folgenden Gründen:

Eisenbahn, Schiffahrt, Telegraph, Telephon und Radio sowie Flugzeug haben die Entfernungen zum Verschwinden gebracht und die entlegensten Länder vereint.

Die gewaltige, moderne Industrie hat den Massen Güter zur Verfügung gestellt, die früher unbekannt oder nur für die vornehmen Herren bestimmt waren. Zu diesem Zweck benötigt sie Rohstoffe, die aus allen Erdteilen stammen.

Der für das wirtschaftliche Leben notwendige Raum, die Erlangung der Rohstoffe, die für die Produktion benötigt werden, haben eine stufenweise Entwicklung über das Familiengut hinaus zum Gemeinschaftsgut und darüber hinaus wieder zur Provinz, zum Staat und zur Welt bewirkt.

Jeder unabhängige Staat hat das Bestreben, seine Unabhängigkeit, seine absolute Souveränität gegenüber der Souveränität der anderen Staaten zu erhalten. Er sieht sich daher gegen seinen Willen gezwungen, mit den anderen Schritt zu halten und im eigenen Lande diejenige Produktion zu fördern, die für die Führung von Kriegen notwendig ist. Was aber wäre heute, im totalen Krieg, diesen Zwecken nicht dienlich? An zweite Stelle tritt dann erst die Sicherstellung der Lieferung solcher Rohstoffe, die für das Bestehen einer autonomen, nationalen Industrie erforderlich sind.

Jedes Land strebt daher die wirtschaftliche Autarkie an und wird infolgedessen zur territorialen Eroberung von Gebieten gezwungen, die jene Güter produzieren, die für die Autarkie im eigenen Lande fehlen.

Kein Staat kann dulden, daß ein anderer Staat sich Länder bemächtigt, die nur für seinen eigenen Gebrauch und zu seinen eigenen Gunsten ausgewertet werden sollen, und Güter produziert, die ledig-

lich zur Unterstützung seiner eigenen Unabhängigkeit und Souveränität dienen.

Auf diese Art müssen die Ursachen, die realen und tieferliegenden Motive, die zur Führung von Kriegen Veranlassung geben, sich immer stärker mehren.

Sie können nur beseitigt werden, wenn es gelingt, die eigentliche Ursache zu eliminieren. Diese Ursache ist aber nicht, wie manche behaupten wollen, die Notwendigkeit der modernen, der sogenannten kapitalistischen Wirtschaft, sich immer neue Märkte zu erobern. Wenn die Welt nicht durch die angeblich notwendigen Autarkiebestrebungen in geschlossene und rivalisierende Märkte aufgeteilt wäre, so hätte die Expansion der Wünsche und somit der Nachfrage wie auch der Produktion keine Grenzen mehr.

Einzig und allein aus der Idee der absoluten Souveränität der Staaten stammt die Forderung nach eigener Autarkie und zur Bereitschaft, sich gegen den Angriff Dritter zu verteidigen. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, sich auf Kosten anderer den für die kriegsökonomische Autarkie nötigen Lebensraum zu sichern.

Solange aber der Lebensraum nicht die ganze Welt umfaßt und ein einziger Staat Eroberer der Welt wird, solange unter den bestehenden Staaten eine gegenseitige Verständigung nicht erzielt werden kann, solange wird die Wiederholung von Kriegen und somit das Gemetzel von Millionen und Millionen von Menschen und die Verwilderung der Menschheit unabwendbar sein.

Gegen die ökonomische Notwendigkeit einer Vereinigung erhebt sich, speziell in Europa, der starke Wille der Völker, ihre eigene, geschichtliche und kulturelle Unabhängigkeit und unter allen Umständen die Bande der gewohnten Regierung, der gewohnten Gesetze, Sprache und Gefühle zu wahren, die die Substanz der französischen, italienischen, spanischen, schweizerischen, deutschen, österreichischen, ungarischen, belgischen und anderer Nationen bilden.

Sind nun diese zwei entgegengesetzten Tendenzen einer gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeit und einer politischen Unabhängigkeit unvereinbar? Ich behauptete im Jahre 1918, und behaupte es heute wieder, daß sich uns nur ein einziger Ausweg öffnet, der aus diesem Widerspruch herausführt, ein Ausweg, der möglich, dauerhaft und segensreich sein könnte: der einer Föderation. Eine Föderation, bei der die teilnehmenden Staaten nur jenen Teil ihrer Souveränität

zu opfern hätten, der ihnen schadet; die Souveränität in bezug auf die wirtschaftlichen Interessen, die alle Völker der vereinigten Staaten angehen: den gegenseitigen Handel von Gütern und Personen, die Regulierung der Valuta und ihrer Surrogate sowie die Regelung der internationalen Verkehrsmittel. Der Verzicht auf das Recht und die Mittel zur selbständigen Kriegsführung würde gleichzeitig die Förderung aller ideellen Kulturgüter und des sozialen Fortschrittes, die Vervollkommnung der Menschen und ihrer Wechselbeziehungen bedeuten. Alle Bürger der vereinigten Staaten sollten außer ihrer eigenen Staatsangehörigkeit noch die weit wichtigere Föderationsbürgerschaft besitzen. Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß die Föderation, was Würde und Wichtigkeit betrifft, über den vereinten Staaten stehen müsse. Jeder der einzelnen Staaten würde seine eigene Regierungsform — monarchistische oder republikanische — beibehalten. Alle aber hätten die höchsten Prinzipien zu befolgen: Religions- und Pressefreiheit, Redefreiheit. Sämtliche Staaten würden von frei gewählten Volksvertretungen, Führern und Ministern regiert werden. Diese von gemeinsamen Prinzipien der Selbstregierung gelenkten Staaten würden einer gemeinsamen Verwaltung unterstehen, die wiederum vom ganzen Volk der Föderation zu wählen wäre. Es ist Aufgabe dieser Verwaltung, bestimmte allgemeine wirtschaftliche Interessen zu regeln und dafür zu sorgen, daß der gemeinsame Wille im In- und Ausland respektiert würde. Es ist nicht nötig, daß die Föderation einen Präsidenten erhält, der fast ein König der Könige wäre, wenn dadurch das Ansehen und die Würde der Staatsoberhäupter der verbündeten Staaten eine Beeinträchtigung erführe. Dem äußeren und wirtschaftlichen Charakter der Föderation wäre es viel mehr angepaßt, wenn die Regierung einem Komitee, das aus Verwaltungspersonen und Direktoren besteht, übertragen würde, das sich an das Vorbild eines Verwaltungsausschusses eines riesigen und mächtigen, autonomen Gesellschaftsunternehmens anlehnen könnte. Das Wichtigste ist aber, daß diesem Regierungsausschuß der europäischen Föderation direkt vom Volk der gesamten Föderation und von den Völkern der einzelnen verbündeten Staaten seine Macht übertragen wird. Somit würde dieser Ausschuß seine eigene, wenn auch auf bestimmte ökonomische Gebiete streng begrenzte Souveränität erhalten, die von der der verbündeten Staaten verschieden und unabhängig wäre. Die Souveränität der Föderation sollte sich auf all das beziehen, was über das Gebiet der einzelnen verbündeten Staaten hinausgeht. Die Souveränität der Staaten beschränkt sich aber nur auf lokale Angelegenheiten und auf ihre geistigen Gegebenheiten. Dies ist die einzige Souveränität, die einen Fortschritt der Nationen fördern kann.

Zu diesen Anschauungen bekannte sich der Verfasser im Jahre 1918, als er Bürger einer Nation war, die einer Gruppe von Staaten angehörte, die ihren Sieg vorzubereiten glaubten. Er bekennt sich zu diesen Prinzipien auch heute als Bürger eines Staates, der den Krieg verloren hat. Seine Ueberzeugungen sind unerschüttert geblieben, weil die Erfahrung des letzten Vierteljahrhunderts bewiesen hat, daß die Idee der absoluten Souveränität der einzelnen Staaten, die sich damals wieder durchsetzte, die ursprüngliche und hauptsächliche Ursache der Unterdrückung der Minoritäten, der nationalen Eifersüchte, der Ueberrumpelung des Schwächeren durch den Stärkeren, der Handelskämpfe, der Eroberung von Lebensräumen und letzten Endes des Krieges ist. Das wunderbare Bild der Schweiz, in der vier Völker, vier Sprachen und verschiedene Kulturen friedlich und harmonisch nebeneinander bestehen, bekräftigt ihn in der Meinung, daß das Ideal einer Föderation keine Utopie mehr, sondern eine lebendige Realität sei. Wenn dies auch im Jahre 1919 zugunsten einer substanzlosen Idee — dem sogenannten Völkerbund — ignoriert wurde, so müßte doch die wieder einmal gemachte blutige Erfahrung die Menschen, denen die Geschicke der Welt anvertraut sind, davon überzeugen, daß es mit der größten Entschlossenheit gilt, unsere Söhne und die europäische Zivilisation vor dem völligen und endgültigen Zusammenbruch zu retten.

Aus dem Italienischen übersetzt von Doris Hasenfratz.